



Information
zum Aushang

Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten
Mitgliedsgewerkschaft dbb beamtenbund und tarifunion

Auszug aus dem Koalitionsvertrag zum Thema Verkehrsinfrastruktur!

Köln, 25. November 2021

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nachfolgend aufgeführt sind die entscheidenden Zeilen aus dem gestern veröffentlichten Koalitionsvertrag für die Beschäftigten im Straßen- und Verkehrswesen zum Thema Verkehrsinfrastruktur:

„Die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur müssen weiter erhöht und langfristig abgesichert werden. Dabei wollen wir erheblich mehr in die Schiene als in die Straße investieren, um prioritär Projekte eines Deutschlandtaktes umzusetzen. Bei den Bundesfernstraßen wollen wir einen stärkeren Fokus auf Erhalt und Sanierung legen, mit besonderem Schwerpunkt auf Ingenieurbauwerke. Dazu werden wir den Anteil der Erhaltungsmittel bis 2025 bei wachsendem Etat schrittweise erhöhen. Wir streben einen neuen Infrastrukturkonsens bei den Bundesverkehrswegen an. Dazu werden wir parallel zur laufenden Bedarfsplanüberprüfung einen Dialogprozess mit Verkehrs-, Umwelt-, Wirtschafts- und Verbraucherschutzverbänden starten mit dem Ziel einer Verständigung über die Prioritäten bei der Umsetzung des geltenden Bundesverkehrswegeplan. Bis zur Bedarfsplanüberprüfung gibt es eine gemeinsame Abstimmung über die laufenden Projekte.

Wir werden auf Basis neuer Kriterien einen neuen Bundesverkehrswege- und -mobilitätsplan 2040 auf den Weg bringen. Wir wollen das Nebeneinander von Autobahn GmbH und Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau Gesellschaft (DEGES) aufheben. Zwischen Bund und Autobahn GmbH wollen wir eine überjährige Finanzierungsvereinbarung abschließen.

Wir werden 2023 eine CO₂-Differenzierung der Lkw-Maut vornehmen, den gewerblichen Güterkraftverkehr ab 3,5 Tonnen einbeziehen und einen CO₂-Zuschlag einführen, unter der Bedingung, eine Doppelbelastung durch den CO₂-Preis auszuschließen. Wir werden die Mehreinnahmen für Mobilität einsetzen.

Wir wollen Lärmbelastungen durch den Verkehr reduzieren, setzen uns für eine Reduzierung von mutwilligem Lärm ein und sorgen für mehr aktiven und passiven Lärmschutz. Um zu angemessenen Lärmschutzmaßnahmen zu kommen, werden wir die gesamte Lärmsituation berücksichtigen. Die Lärmsanierungsprogramme für Bundesfernstraßen und Schienenwege werden wir besser finanzieren. Innovative Technik zur Lärmvermeidung, so für neue Güterwagen, werden wir bis zur Markteinführung unterstützen.“

Hier darf man gespannt sein, welche weiteren Auswirkungen dies auf die Kolleginnen und Kollegen der Autobahn GmbH des Bundes aber auch auf die der Landesstraßenbauverwaltungen der jeweiligen Bundesländer haben wird.

Der Ansatz mehr Investitionsmittel in den Erhalt und Sanierung bereit zu stellen ist aus unserer Sicht längst überfällig. Viel zu lange wurde gerade die Infrastruktur der Verkehrswege nur noch auf Verschleißbasis betrieben. Gute Unterhaltung, Erhaltung und rechtzeitige Instandhaltungsmaßnahmen sind das Fundament langlebiger Investitionen.

Mit kollegialen Grüßen

VDStra.-Fachgewerkschaft
-Bundesvorstand-

Hermann-Josef Siebigteroth
Bundesvorsitzender

